

Seminar of European Ideas Network and centre-right Think Tanks and Political Foundations
in Europe „Long-term growth: organizing the stability and attractiveness of European
Financial Markets“,
20. Januar 2012

Dr. Michael Meister MdB
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung zu diesem hochrangig besetzten Seminar und die Gelegenheit, heute das Schlusswort sprechen zu dürfen. Seminare dieser Art sind wichtig, um sich auszutauschen, Ideen zu diskutieren und von einander und miteinander zu lernen. Hierzu gab es gestern Abend und im Verlaufe dieses Tages genügend Gelegenheit, so dass man durchaus bilanzieren kann, dass die Veranstaltung ein Erfolg war. Ich für meinen Teil nehme etwas mit, was mir auch bei meiner täglichen Arbeit hilft.

Deshalb:

„Dank an den Veranstalter“ für die gute Organisation.

Europa befindet sich zur Zeit in einer außerordentlich schwierigen Lage. Die Krise, die ihren Ausgang auf dem amerikanischen Immobilienmarkt nahm, sich dann zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelte und sich nun zu einer Staatsschuldenkrise ausgewachsen hat, legte zunächst schonungslos die Schwächen in unserem Finanzmarktsystem und sodann die desolante Finanzlage einiger EU-Mitgliedstaaten offen. Es sind Entwicklungen, die vor vielen Jahren eingesetzt haben, die jetzt in der Krise kulminieren. Sie beeinträchtigen nunmehr die Handlungsfähigkeit der politischen Führung in Irland, Portugal, Italien und Griechenland. Dort kam es zum Rücktritt der amtierenden

Regierungen. IWF, EZB und Europäische Kommission bestimmen de facto die Politik dieser Staaten mit, um einen heilsamen Druck zu entwickeln, Fehlentwicklungen schnellstmöglich zu korrigieren und die entstandenen Probleme zu lösen. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Japan sind die Schulden so erdrückend, dass die politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist. Selbst die Schweiz, ein Hort des Vertrauens und der Stabilität, schaut sorgenvoll auf die Entwicklung des Euro, weil die Schwäche der europäischen Währung und die damit einhergehende Stärke des Franken massive realwirtschaftliche Probleme verursacht.

Die deutsche Politik ist von diesen Ereignissen nicht unberührt geblieben. Zwar ist die deutsche Volkswirtschaft bislang gut durch die Krise gekommen: Mit 3,7 % hat Deutschland im Jahr 2010 den größten Zuwachs des realen BIP seit der Wiedervereinigung erzielt. Im Jahr 2011 wurde ein Wirtschaftswachstum von rund 3 % erwirtschaftet. Der Arbeitsmarkt befindet sich in einer robusten Verfassung. Die Arbeitslosenzahl liegt mit unter 3 Mio. Personen auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Die Konsumfreude der Deutschen ist ungebrochen. Sie gehen nicht ganz ohne Sorgen, aber überwiegend mit positiven Erwartungen ins neue Jahr 2012. Dies haben wir den besonnenen Bürgern und Unternehmen, aber auch den Reformen in den vergangenen Jahren insbesondere am Arbeitsmarkt, der Lohnzurückhaltung und der Ausweitung der Kurzarbeit während der Krise zu verdanken. Deutschland hat insofern seine Hausaufgaben

gemacht. Insofern könnte ich es mir jetzt mit Mark Twain leicht machen, der einmal sagte. „Wenige Dinge auf Erden sind lästiger als die stumme Mahnung, die von einem guten Beispiel ausgeht!“

Aber das wäre zu einfach. Sicherlich hat Deutschland seine Hausaufgaben zum Teil gemacht und wir sind recht gut durch die Krise gekommen. Aber auch die deutsche Volkswirtschaft kann sich von der europäischen Entwicklung nicht abkoppeln. Dazu ist sie viel zu stark mit den anderen europäischen Volkswirtschaften verflochten. Deshalb wird das deutsche Wirtschaftswachstum in diesem Jahr deutlich niedriger ausfallen. Hinzu kommt: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gewaltige Spuren im deutschen Bundeshaushalt hinterlassen: Während wir vor der Krise auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt in 2011 zusteuerten, betrug die Neuverschuldung des Bundes im Jahr 2010 44 Mrd. Euro – ein historischer Höchststand, der den Konjunkturprogrammen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet ist. Der Schuldenstand stieg auf über 80% des BIP. Diese Lasten werden nun abgearbeitet und beschränken unsere politischen Handlungsspielräume.

In dieser Situation, in der es um den Wohlstand der Gesellschaft, die Existenz unserer Währung und der internationalen Finanzordnung geht, kommen der Politik zwei Aufgaben zu: Sie muss kurzfristig Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ergreifen und dann die Rahmenbedingungen so ordnen, dass einerseits die

Wahrscheinlichkeit für eine neue Krise sinkt und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte nicht eingeschränkt wird. Nur wenn diese beiden Aufgaben erfolgreich bewältigt werden, entsteht Vertrauen bei allen Marktteilnehmern. Dieses Vertrauen ist ein zentrales Erfordernis für die Überwindung der Krise. Politik kann dieses Vertrauen nicht verordnen. Sie kann es nur fördern, indem sie die richtigen Entscheidungen trifft und dies schnell, da die Märkte sonst ihrerseits Schlussfolgerungen ziehen, die weiteren Entscheidungsdruck produzieren. Dabei ist sie auf die Mitwirkung aller Finanzmarktakteure angewiesen.

Mir ist in diesem Zusammenhang eines wichtig: Bei allen notwendigen Entscheidungen wird darauf zu achten sein, nur einen Regelungsrahmen zu setzen, damit sich der Wettbewerb entfalten kann. Märkte sind Entdeckungsverfahren und in einem sich rasch ändernden Umfeld gezielten Gestaltungsvorstellungen des Staates in vielfacher Hinsicht überlegen. Bei aller Regulierungsnotwendigkeit sollten wir nicht vergessen, dass der Finanzdienstleistungssektor der Europäischen Union für rund 614 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung, das sind 6% der gesamten EU-Wirtschaftsleistung, verantwortlich ist und rund 10 Millionen Menschen, das sind rund 4,5% der Erwerbstätigen in der Europäischen Union, beschäftigt. Ihm kommt die wichtige Aufgabe der Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten sowie die Anlage von Ersparnissen zu. Volkswirtschaften, die über ein leistungsfähiges und entwickeltes Finanzsystem verfügen, wachsen rascher als solche, bei denen diese Voraussetzungen nicht

gegeben sind. Deshalb dürfen wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und müssen darauf achten, den Wettbewerb gerade auf den Finanzmärkten nicht durch neue Regulierungen zu beschädigen. Die Folgen hätten wir alle zu tragen, da unser Wohlstand darunter leiden würde.

Die Wiederherstellung des Vertrauens während der Finanzkrise erfolgte durch nationale, aber international eng abgestimmte Rettungsmaßnahmen. Die Regierungen von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden übernahmen für elf Milliarden Euro große Teile des strauchelnden Konzerns Fortis. In Großbritannien wurde die Hypothekenbank Bradford & Bingley verstaatlicht, wenig später retteten Frankreich, Belgien und Luxemburg den Immobilienfinanzierer Dexia. In Deutschland wurde für den Münchner Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate mit 35 Mrd. Euro gebürgt. Garantien und Eigenkapitalhilfen für angeschlagene Banken wurden beschlossen. Allen stand die Insolvenz von Lehman Brothers und ihre Folgen vor Augen. Keine Regierung möchte unkalkulierbare Kettenreaktionen in der nationalen und internationalen Finanzwelt riskieren, weil ein systemrelevantes Finanzinstitut insolvent wird.

Auch jetzt in der Staatsschuldenkrise gilt die Wiedergewinnung von Vertrauen als Schlüssel zur Beendigung der Krise. Die Finanzmarktakteure müssen davon überzeugt werden, dass ein Staat willens und in der Lage ist, über viele Jahre nicht mehr auszugeben als er einnimmt, ja sogar Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften, mit denen Schulden

getilgt werden können. Nur so wird wieder die Bereitschaft entstehen, diesen Staaten Kredite zu geben. Und in diesem Wort Kredit, das auf das lateinische Verb „credere“ zurückgeht und übersetzt „vertrauen, glauben“ bedeutet, kommt die Zielsetzung deutlich zum Ausdruck. Wiederum die Gefahr möglicher Kettenreaktionen für die Staaten und die Finanzwelt vor Augen, wird nicht die Insolvenz einzelner Staaten angestrebt, sondern es gilt, den angeschlagenen Volkswirtschaften die erforderliche Zeit zu verschaffen, damit sie ihre Verhältnisse ordnen können, Vertrauen aufzubauen und sich so wieder selbständig am Kapitalmarkt finanzieren können. Dazu dienen die zunächst bilateral gewährten Hilfen und jetzt die Mittel aus dem EFSF bzw. ESM.

Systemrelevante Institute und souveräne Staaten haben also eines gemeinsam: Sie werden gestützt, weil die Kosten für die nationale und internationale Gemeinschaft als noch dramatischer eingeschätzt werden als die Kosten einer Rettung. Deshalb können sie Risiken auf sich nehmen, die sie bei verantwortungsvollem Handeln und Einstehenmüssen für die Risiken nicht auf sich nehmen würden. Solange das Risiko einer Insolvenz nicht wirklich ernst genommen werden muss, wird auch immer die Gefahr eines Fehlverhaltens bestehen. Das gilt für systemrelevante Finanzinstitute ebenso wie für Nationalstaaten. Deshalb gilt es, hier Vorsorge zu treffen und entsprechende Regulierungen zu implementieren, die die Fehlanreize beseitigen. Diese Regulierungen müssen die Finanzmärkte so widerstandsfähig machen, dass sie die Insolvenz eines Staates oder eines systemtragenden Instituts

überstehen können und nicht mehr auf den Steuerzahler vertraut werden kann.

In Deutschland wurde zu diesem Zweck das Restrukturierungsgesetz geschaffen. Zum ersten Mal gibt es damit ein Gesetz um in Schwierigkeit geratene Banken in einem gesonderten Verfahren entweder zu sanieren oder abzuwickeln. Mit den Mitteln des herkömmlichen Insolvenzrechts ging dies nicht. Im Sinne einer Krisenprävention sollen damit Fehlverhalten gemindert werden.

Für ein zentrales Element der Finanzmarktregulierung halte ich die strengeren Eigenkapital- und Liquiditätsregeln nach Basel III. Damit werden Finanzinstitute Verluste sowohl im Fortführungs- als auch im Liquidationsfall besser abfangen können. Das ist ein wesentlicher Baustein für ein stabileres Finanzsystem. Trotz aller Kritik halte ich es auch für richtig, dass die European Banking Authority mit Hilfe der Stresstests die Banken besser auf Schuldenkrisen vorzubereiten versucht und die verschärften Eigenkapitalanforderungen vorzieht. Mir sind die damit verbundenen Anstrengungen durchaus bewusst. Sie sind jedoch notwendig angesichts der Gefahren, die noch vor uns liegen.

Wichtig scheint mir noch dreierlei zu sein: Erstens müssen systemrelevante Institute schärfer reguliert werden; es dürfen nicht alle Institute gleichbehandelt werden. Zweitens müssen die strengeren Vorschriften nach Basel III auch außerhalb von Europa planmäßig umgesetzt werden, um Wettbewerbsnachteile für europäische Institute zu vermeiden. Hierauf

müssen wir weiter drängen; denn die Insolvenz von Lehmann hat die Ansteckungsgefahren mehr als deutlich gezeigt. Drittens darf die Vielzahl der neuen Anforderungen, ich denke hier an Basel III, die Finanztransaktionssteuer und die deutsche Bankenabgabe, nicht zu einer Kreditklemme führen. Schließlich sollen die Institute noch ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Finanzierung der Volkswirtschaft, nachkommen können. Dies werden wir im Auge behalten müssen, damit wir die notwendigen Regulierungen mit Augenmaß gestalten und ggf. nachjustieren.

Aber auch die Währungsunion selbst muss gestärkt werden, um den Teufelskreis von Banken- und Schuldenkrise zu durchbrechen. Dies wird weder mit der Einführung von Eurobonds gelingen noch mit einer Monetisierung der Staatsschulden über die EZB. Die Einführung von Eurobonds führt zur Vergemeinschaftung der Schulden und nicht zu deren Tilgung. So werden falsche Anreize gesetzt und die Länder mit solider Haushaltsführung mit höheren Zinssätzen für ihre Kreditaufnahmen bestraft. Auch eine Monetisierung der Staatsschulden ist kontraproduktiv, da Inflation und eine dauerhafte Schwächung der – bislang unabhängigen - Position der EZB drohen. Der gegenwärtige Staatsanleihenkauf muss deshalb ein Ausnahmefall bleiben. Statt nur an den Symptomen zu kurieren, müssen die eigentlichen Ursachen, nämlich die Staatsschulden, behoben werden. Ohne den ernsthaften Willen zum Abbau der Staatsschulden wird die Krise immer wiederkehren. Deshalb ist Deutschland nur zu solidarischer Hilfe bereit, wenn im Gegenzug Maßnahmen

zum Staatsschuldenabbau und zur Förderung des Wachstums ergriffen werden.

Die Staatsschuldenkrise hat schon zu Weiterentwicklungen im Europäischen Raum geführt:

- Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wird mit der Einführung eines Europäischen Semesters stärker koordiniert, um Fehlentwicklung frühzeitig erkennen zu können. Ziel ist die Rückführung der Staatsverschuldung durch ein makroökonomisches Überwachungsverfahren, eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung, eine Verbesserung der Tragfähigkeit der Finanzen, eine Stärkung der Finanzstabilität und eine Koordinierung der Steuerpolitik.
- Unter Ökonomen gilt es als ausgemacht, dass die Eurozone kein optimaler Währungsraum ist. Zu groß sind derzeit die Unterschiede in der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialpolitik. Auch sprachliche und kulturelle Barrieren spielen eine Rolle, die insbesondere die räumliche Mobilität des Faktors Arbeit einschränken. Um diese Hemmnisse abzumildern, wollen sich die Regierungschefs stärker absprechen.

Darüber hinaus ist aus meiner Sicht eine weitere Vertiefung der Europäischen Union erforderlich. So sollte über die folgenden Punkte intensiver nachgedacht werden:

- Die Politische Union sollte zu einem demokratischen Zweikammersystem weiterentwickelt werden, die neben der EU-Kommission ein Initiativrecht bekommen sollen.
- Die Mandatsverteilung im Europäischen Parlament sollte stärker als bisher an die Bevölkerungsstärke in den Mitgliedsstaaten geknüpft werden.
- Der Präsident der Europäischen Kommission sollte von allen Unionsbürgern gewählt werden können, um der politischen Union ein Gesicht zu geben.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte mit automatischen Sanktionen versehen in den EU-Verträge verankert werden, um so die Verfehlungen sicher ahnden zu können und so die Anreize, sich vertragstreu zu verhalten, zu verbessern. Einem Mitgliedsstaat könnte zusätzlich ein Spar-Kommissar an die Seite gestellt und ggf. auch der Austritt aus der Eurozone ermöglicht werden.
- Der ESM sollte zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise haben Zweifel an Europa aufkommen lassen oder bestehende Zweifel genährt. Jedoch wird kein europäischer Staat allein und auf Dauer gegen die großen Wirtschaftsregionen bestehen können. Der europäische Binnenmarkt und insbesondere die Einführung des Euro haben die weltwirtschaftlichen Gewichte bereits jetzt erheblich zugunsten der Staaten der Eurozone verschoben. Europäische Finanzdienstleister sind führend auf den internationalen Finanzmärkten. Diese Vorteile müssen wir bewahren und ausbauen. Wir müssen deshalb in der Krise auch eine Chance sehen und schon heute über die geltenden bzw. noch zu beschließenden Maßnahmen hinaus denken. Hierfür hat auch dieses Seminar einige wichtige Anregungen gegeben, wofür ich mich herzlich bedanke. Ich hoffe, Ihnen allen ist es genauso gegangen.

Präsident Kennedy hat einmal gesagt: „Einen Vorsprung im Leben hat, wer da anpackt, wo die anderen reden.“ Lassen Sie uns also gemeinsam anpacken, damit Schritt für Schritt wieder das notwendige Vertrauen entsteht, um die bestehenden Herausforderungen zu meistern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.